

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.  
Verlag: S. G. Weyersberg.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. G. Weyersberg.

Abonnementpreise mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Fringelohn monatlich 1,90 M. Zurück die Post bezogen monatlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutsch- und Lehrentsch. 5,00 M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftstages: von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Interate werden die Tagespreise mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Interate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 136.

Dresden, Freitag den 14. Juni 1918.

29. Jahrg.

## Bergebliche feindliche Angriffe bei Ypern und Noyon.

### Sinbringen deutscher Truppen in den Wald von Billers Cotterets. — Die Geschützbeute der Armee von Boehn. — Die Verluste der deutschen und der feindlichen Luftstreitkräfte.

#### Der Kampf um das gleiche Wahlrecht.

Genosse Philipp Scheidemann schreibt im Vorworte:

Das Verhalten der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses ist ein Schlag ins Gesicht der deutschen Arbeiterklasse. Es stellt sich uns dar als ein Verbrechen am deutschen Volke, denn es ist geeignet, den Krieg noch mehr in die Länge zu ziehen.

Außer der Bereitwilligkeit des deutschen Volkes zu einem Frieden der Verständigung — Friedensangebot der Regierung, Resolution des Reichstags vom 19. Juli 1917, Antwort auf die Kapitulation usw. — konnte es nichts geben, was die Friedensstimmung im feindlichen Lager mehr fördern würde, als die fortschreitende Demokratisierung in Deutschland. Die feindlichen Regierungen haben mit großer Geschicklichkeit, und ganz gewiß nicht ohne Erfolg, alle friedlichen Stimmen aus Deutschland dadurch zu entwerthen gesucht, daß sie behaupteten, die Regierung und der Reichstag hätten nichts zu bedeuten. Die Entscheidung liegt ausschließlich in den Händen derer, die ihre Macht seit im preussischen Landtag verankert hätten. Das ist eine ungeheure Ueberhebung, aber schließlich doch auch nur eine Ueberhebung, keine vollkommene Unwahrheit.

Die Tatsache bleibt bestehen, daß die wirkliche deutsche Volkswirtschaft, der Reichstag, einen Frieden der Verständigung will, also einen Frieden, der die dauernde Verbesserung ermöglicht. Ebenso aber ist es eine Tatsache, daß der preussische Landtag in seiner großen Mehrheit annexionsmäßig und politisch reaktionär ist. Der König hat eingesehen, daß das Wahlrecht, das eine solche Kalmi-Volkswirtschaft ermöglicht, nicht länger bestehen bleiben darf. Die Regierung ist der gleichen Ueberzeugung und hat deshalb eine entsprechende Vorlage gemacht.

Nun hat die Mehrheit des Abgeordnetenhauses den Verzicht gemacht, unseren Feinden zu beweisen, daß sie in ihrer Entscheidung der politischen Machtverhältnisse nicht unrecht haben — und deshalb zerrissen die Wahlrechtsgegner die Vorlage und warfen sie der Regierung vor die Fäulnis. Die Regierung aber hält die Fäulnis in den Spalten, um — die dort stehende Auflösungsollmacht zu bewahren?

Warum hat sie nicht längst das Abgeordnetenhause aufgelöst? Sie will noch ein wenig warten, aber eher der Winter kommt — vielleicht der fünfte Kriegswinter! — soll beinahe alles erledigt sein. Das heißt: entweder ist bis spätestens zum Herbst das verheißene gleiche Wahlrecht eine beschlossene Sache (die Regierung hofft auf das große Wunder wie Björnsons Horner Song), oder es wird aufgeschoben. Es ist aber noch ein Drittes möglich, nämlich daß die preussische Staatsregierung bis zum kommenden Winter erlischt ist. Es ist ein großer und nicht mehr gut zu machender Fehler, daß die Regierung bisher die Auflösung nicht vollziehen hat. Was kann sie eigentlich an Gründen für ihre Sonderpolitik haben? Nur ein einziger könnte halbwegs plausibel erscheinen, nämlich dieser: sie will dem Landtag Gelegenheit geben, sich immer noch verhafter im Abseits zu machen, um dann im Spätherbst die Abrechnung zu einer um so vernichtenderen zu gestalten. Aber auch dieser Grund wäre nicht stichhaltig, denn der Born des Volkes gegenüber den Mehrheitsherrschäften im Landtag ist bereits so groß, daß kein Grund des gleichen Wahlrechts um den Ausgang einer Wahl selbst unter dem jetzt noch bestehenden Wahlrecht besorgt sein braucht.

An das Wunder, auf das die Regierung noch hofft, glauben wir nicht. Aber das bisherige Verhalten der preussischen Wahlrechtsgegner hat bereits Wunder gezeigt. Es hat bereits angefangen, die lange geschlossene und fünf eine gerade Zahl haben sein lassen. Die zahllosen Aufschriften, die uns nicht aus solchen Kreisen gehen, die bisher gar nicht über das nur ganz ausnahmsweise an uns herantreten sind, werden eine beredte Sprache. „Wird die Arbeiterklasse sich schließlich verjähren lassen?“ Nein, das wird sie nicht! Wie werden die rückstehenden Feldgrauen auf das Gebahren der Agrarier aller politischen Bekenntnisse und der national-revolutionären Schwerindustriellen reagieren? Den Nutznießern des Wahlrechts wird hören und sehen vergehen! Die Kapitalisten, die mit den Heeren des Jaren und all den anderen fertig geworden sind, werden spielend alle die beiseite schieben, die sie nicht im Rechte gleich stellen wollen mit den Geschäftsmachern daheim!

Werden sie ein Wahlrecht mit den geforderten Sicherheiten als lokale Einlösung des förmlichen Verprechens des gleichen Wahlrechts akzeptieren? Nein, das werden sie nicht! Wir erblicken in den „Sicherheiten“ eine Summe von gebrauchten infamer Art. Wie kann man verfahren, übrigens die Mehrheitsentscheidungen! Sie bilden sich ein, den Siegeszug der Demokratie aufhalten zu können durch Zwittern — sie gedenken

wth. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 14. Juni 1918.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:  
Südwestlich von Ypern führten die Franzosen heftige Angriffe gegen unsere Linien zwischen Voormezele und Bierkraal. Sie wurden blutig abgewiesen. Mehrere Offiziere und mehr als 150 Mann blieben hierbei gefangen in unserer Hand. Erfolgreiche Erkundungsgehefte am Kemmel.

An der übrigen Front lebte die Gefechtsaktivität nur vorübergehend auf.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Auf dem Kampffeld südwestlich von Noyon blieb die Artillerieaktivität gehindert. Bei Courcelles und Noyon sowie im Ras-Grunde dicht westlich der Döle, wiederholte der Feind seine vergeblichen Gegenangriffe. Unter schweren Verlusten wurde er zurückgeworfen.

Weiter südlich der Straße Soissons-Billers-Cotterets drangen wir in den Wald von Billers-Cotterets ein.

Die Armee des Generalobersten von Boehn hat seit dem 27. Mai mehr als 500 Geschütze erbeutet. Damit steigt die Zahl der von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz seit 27. Mai eingebrachten Geschütze auf 1050.

Getten wurden 28 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Hauptmann Berthold errang seinen 34. Luftsiege, Leutnant Ubel seinen 29., Oberleutnant Loerger seinen 25. Luftsiege.

Im Monat Mai betrug der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 23 Biplaner und 413 Flugzeuge, von denen 223 hinter unsere Linien, die übrigen jenseits der gränzen Stellungen erkennbar abgestürzt sind. Wir haben im Kampfe 180 Flugzeuge und 28 Biplaner verloren.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

nicht des Wortes „Und sie bewegt sich doch!“ Die Sicherungen sind Kinder politischer Bosheit, des Egoismus und der Angst. Ein einziger kräftiger Aufstieg wird sie weglegen, und leichter noch, als der Paroxysmus hinweggeführt worden ist. Und der war schließlich doch besser „gesichert“, als alles das, was die Dreiklassenmänner erziehen wollten.

Die Sozialdemokratie, die jahrzehntelang um das gleiche Wahlrecht gekämpft hat, kann schließlich auch noch einige Monate warten, aber darauf können sich alle Wahlrechtsgegner verlassen, daß wir diese paar Monate — falls die Regierung wirklich noch so lange zaudern will — nicht vorübergehen lassen werden, ohne sie nach Möglichkeit zur Vorbereitung der großen Offensive auszunutzen. Unsere Genossen arbeiten, was in ihren Kräften steht, um den Sieg über die preussische Reaktion, unter der das ganze Reich leidet, zu einem endgültigen zu machen.

Der Kampf geht um das gleiche Wahlrecht ohne Sicherungen, und der Kampf wird nicht beendet werden, bevor der Sieg unser ist.

#### Kriegsernährungsamt und Getreidepreiserhöhung.

Das Kriegsernährungsamt gibt folgende Erklärung ab:

Ein Berliner Blatt bringt in seiner heutigen Morgenausgabe eine Zuschrift aus Kreisen des Reichstagsbeirats über eine bevorstehende Heraussetzung der Getreidepreise. Soweit in dieser Zuschrift von Absichten des Kriegsernährungsamtes die Rede ist, sind diese falsch und unvollständig wiedergegeben. Eine eingehende Mitteilung darüber wird erfolgen, sobald Bundesrat und Ernährungsbeirat in der Angelegenheit gehört worden sind. Schon jetzt sei aber festgestellt, daß die in dem Blatt für das kommende Wirtschaftsjahr errechnete Brotpreiserhöhung von 6 bis 8 Pf. für das Pfund gegenüber den der Beratung zugrunde liegenden Entwürfen des Kriegsernährungsamtes um ein Vielfaches zu hoch angegeben worden ist.

Aus der Erklärung des Kriegsernährungsamtes geht hervor, daß man sich dort tatsächlich mit dem Plan trägt, die Getreidepreise zu erhöhen, wenn auch vielleicht nicht in dem Maße, wie das in dem auch von uns abgedruckten Artikel des Berliner Tageblattes behauptet wurde. Es muß aber gegen jede Erhöhung des Getreidepreises aufs schärfste Einspruch erhoben werden. Die Verbraucher leiden wahrhaftig schwer genug unter der immer unerträglicher werdenden Verteuerung aller Lebensmittel. Wenn man durchaus die größte Notwendigkeit unter den Massen des deutschen Volkes erregen wollte, so gäbe es kein besseres Mittel als eine Erhöhung der Getreidepreise. Die Landwirte erhalten wahrlich für die meisten ihrer Erzeugnisse so gewaltige Preise, daß sie zufrieden sein können. Nichts ist aber, daß die Getreide- und Brot-

preise nicht in demselben Verhältnis gestiegen sind, wie manche anderen Nahrungsmittel. Aber das kann eine Erhöhung der Getreidepreise nicht im geringsten rechtfertigen.

Wir würden es ja nicht das erstemal erleben, daß die Preiserhöhung bei der einen Ware mit dem Hinweis auf die hohen Preise anderer Erzeugnisse begründet wird. So hat sich ja diese Schraube ohne Ende entwirrt, der wir es zu danken haben, daß die Preise für die wichtigsten Lebensmittel immer höher und höher geklettert sind. Es ist endlich an der Zeit, daß mit dieser gemeingefährlichen Preispolitik Schluss gemacht wird. Warum soll der Ausgleich immer nur durch Preiserhöhungen herbeigeführt werden, wenn das Verhältnis der Preise für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse ungleich ist? Das Kriegsernährungsamt sollte sich wirklich statt an Preiserhöhungen zu denken, lieber mit der Frage des Abbaues der hohen Kriegspreise beschäftigen. Unter keinen Umständen aber darf dem Volk sein täglich Brot noch mehr verteuert werden.

#### Ernährungsfragen im Ausschuss des Reichstags.

Am Donnerstag begannen die Verhandlungen über Getreide, Mehl und Backwaren. Vom Abg. Brünnel und Genossen wird beantragt, durch eine Bundesratsverordnung zu bestimmen, daß das abzuliefernde Getreide nur im gereinigten Zustande abzuliefern sei und daß den Erzeugern hierbei das Hintertorn als Abgang aus dem Getreide zur Verwendung in der eigenen Wirtschaft zu entnehmen gestattet ist, bei einer Gesamtmenge bis einschließlich 10 Zentner 20 v. H., bis 100 Zentner 10 v. H., bis 1000 Zentner 5 v. H. und über 1000 Zentner 3 v. H. Abg. Wed tritt für den Antrag ein. Abg. Weinhild (L.): Nach dem vorliegenden Antrag würde der Landwirtschaft 1 1/2 Millionen Tonnen Hintertorn verbleiben. Es sei möglich, ohne das Hintertorn die gleiche Menge Brot herzustellen, da das reine Korn mehr Wasser aufnimmt, wodurch eine bessere Ausnutzung des Brotgetreides erzielt wird. Abg. (Sog.) richtet an das Kriegsernährungsamt die Anfrage, ob eine Erhöhung der Getreidepreise im Ausschuss genommen sei. Nach dem Berliner Tageblatt soll der Grundpreis um 3 bis 40 M. und die Durchschnittspreise auf 50 bis 100 M. erhöht werden, das wäre fast eine Verdoppelung der bisherigen Preise. Eine solche Preiserhöhung bedeute für eine fünfköpfige Familie eine Mehrausgabe von 75 bis 100 M. Koch (Sp.): Er sei nicht ohne weiteres für eine Preiserhöhung. Auf das Hintertorn könne der Landwirt nicht verzichten. Stubbe (Sog.) wendet sich energisch gegen eine Erhöhung der Getreidepreise und bringt die Forderung des Volkstums nach dem Großhandel System zur Sprache, wodurch erhebliche Ersparnisse an Brotgetreide erzielt werden können.

Unterstaatssekretär Dr. Müller gibt Auskunft über die in Aussicht genommene Erhöhung der Kornpreise, worüber noch der Beirat zu beraten habe, bevor der Bundesrat endgültig beschließt. Er könne aber schon jetzt erklären, daß eine Erhöhung, wie vom Berliner Tageblatt angedeutet werde, nicht in Frage komme. Die Durchschnittspreise müßten gewährt werden, um die Landwirtschaft zum schnelleren Absetzen des Getreides anzuregen. — Stubbe (Sog.) wendet sich nochmals gegen jede Erhöhung der Getreidepreise, die einen Sturz der Ernährung in der Bevölkerung herbeiführen würde. Es müßte vom Ernährungsamt alles angehoben werden, um eine Verteuerung des Brotes zu verhindern. — Ged (natl.): Die Löhne seien mehr gestiegen als die Preiserhöhung ausmachen würde. — Regierungsrat Meiner: Im Jahre 1916 sei der Verbrauch, das Hintertorn bis zu 3 Prozent unter Kontrolle freizugeben. Die Folgen waren, daß nach der Bestandaufnahme die schärfsten Maßnahmen getroffen werden mußten, um das entlassene Korn wieder einzubringen. Nachdem die Ernährung so schwierig geworden ist, wäre es unverantwortlich, das Hintertorn freizugeben. Bei einer Ernte von nur 8 Millionen Tonnen müßten nach dem Antrag 600 000 Tonnen Korn freigegeben werden. Dadurch würde in unserer Volkswirtschaft ein Loch geschlagen, das wir nicht wieder zukunfts füllen können. — Abg. Hübner (Sog.): Die Differenz in der Erntemenge beweise, daß viel Getreide verfaulen würde oder auf dem Schleichwege verkauft ist. Es sei nicht zu bestreiten, daß die Landwirtschaft gute Verdienste erzielt habe. Die in Aussicht genommenen Getreidepreise bringen das Brot zum Ueberfließen.

#### 25000 Tonnen versenkt.

Berlin, 13. Juni. (Amtlich.) Fines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Ernst Sackmann, hat im Sprottegebiet um die Årpen und in der Picana rund 25 000 Brutto-Messing-Tonnen versenkt. U. a. wurden folgende englische Schiffe versenkt: Ein unbekannter Dampfer, 3500 Br.-M.-T., mit Kohle; der Dampfer Lancarvon, 4749 Br.-M.-T., mit 3088 Tonnen Gerste und 912 Stück Stahlgarnen; der Dampfer Merionethshire, 4308 Br.-M.-T., mit Stahlgut; der Dampfer Cairnroy, 4016 Br.-M.-T., mit 5000 Tonnen Kohlen und der unbefestete Dampfer Antonia, 8153 Br.-M.-T., und der Segler Ruth Dickman, 4117 Br.-M.-T., mit 500 Tonnen Salz und Kartoffeln. Sämtliche Dampfer waren mit Geschützen und zum Teil mit Minenwerfern bewaffnet.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.